

MICHAEL BRIE, CHRISTOPH SPEHR

Der Neoliberalismus hat einen Gegner

Linke Perspektiven nach der Bundestagswahl 2005

Am Tag nach der Wahl verkündete der Siemens-Konzern die Entlassung von zehntausend Mitarbeitern. Daimler hat inzwischen präzisiert, 8.000 Mitarbeiter bei Mercedes entlassen zu wollen; man habe im internationalen Vergleich »zu viele Beschäftigte«. Die großen, international aufgestellten deutschen Konzerne kehren zügig zum neoliberalen Alltag zurück. Letztendlich geht man davon aus, dass man jeder möglichen Regierungskoalition aus den vier Bundestagsparteien, die am neoliberalen Glauben festhalten, die nächsten »Reformschritte« schon in die Feder diktieren wird.

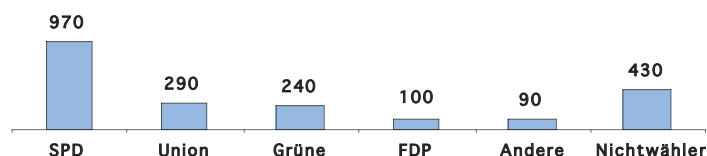
Der Wahlgewinner: die Linkspartei

Aber der »historische Block« des Neoliberalismus hat mit dem Zusammenwirken der linken Kräfte einen ernstzunehmenden Gegner bekommen. Das ist das deutlichste und wichtigste Ergebnis der Bundestagswahl 2005. Der Einzug der Linkspartei mit 8,7 % und 54 Abgeordneten in den Bundestag ist der sichtbare Ausdruck dessen, dass die linken Kräfte ihre Zusammenar-

beit in neuer Weise verstärken und gemeinsam nach Strategien suchen, die erdrückende Hegemonie des Neoliberalismus aufzubrechen. »Beide neoliberalen Lager haben verloren«, fasste Werner Rätz vom bundesweiten Attac-Koordinierungskreis das Ergebnis der Wahl zusammen. »Rot-Grün ist wegen der unsozialen Agenda 2010 abgewählt worden, und Schwarz-Gelb ist wegen der geplanten Zerschlagung des Sozialstaats gescheitert.« Gleichzeitig habe die Linkspartei als klare Opposition zu diesem Kurs am stärksten dazu gewonnen.

Das gemeinsame Vorgehen von WASG, Linkspartei, PDS und unabhängigen KandidatInnen aus linken Zusammenhängen und sozialen Bewegungen war der entscheidende Faktor dafür, dass die Listen der Linkspartei mehr als doppelt so viele Stimmen erhielten wie die PDS bei der Bundestagswahl 2002. Das Entstehen einer linken Opposition, in der sich parlamentarische und außerparlamentarische Orientierung, west- und ostdeutsche Erfahrung, Protest gegen den neoliberalen Sozial-Kahlschlag und Konzepte für eine alternative Politik verbinden, mobilisierte über 400.000 Nichtwähler und zog Wähler aus allen anderen Parteien an – am stärksten aus den Reihen der SPD (fast eine Million). Der Linkspartei kam dabei zugute, dass der Wahlkampf

Grafik 1: Wählerwanderung zugunsten der Linkspartei (in Tausend) von folgenden Gruppen
(www.stat.tagesschau.de)



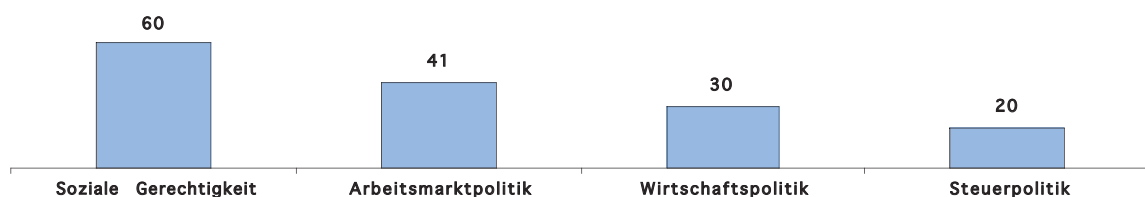
2005 nicht unbedingt von einem linken, aber doch von einem gegen Rechts gerichteten Klima bestimmt wurde. Nach anfänglichem Zögern inszenierten SPD und Grüne den Wahlkampf als Abwehrschlacht gegen eine Regierungsübernahme durch Union und FDP und gegen einen Politikwechsel zu einem noch weiter verschärften wirtschaftsliberalen Kurs. Das gegenüber den Umfrageergebnissen der letzten Monate relativ hohe Ergebnis der SPD – fast gleichauf mit CDU/CSU – ist dem Umstand zu verdanken, dass Schröder im Kern einen auf Arbeitnehmerrechte und auf soziale Gerechtigkeit orientierten Wahlkampf geführt hat, gegen die von ihm vorher aktiv vertretene Politik der Deregulierung, Privatisierung und weiteren Umverteilung von unten nach oben. Diese Wahlkampf-Strategie der SPD wurde erleichtert durch die außerordentlich harte, einseitige Positionierung der Union.

Der Wahlkampf der CDU/CSU gab sich keinerlei Mühe, die Fantasien vom »Durchregieren« und vom entschlossenen Brechen letzter bisheriger »Reformblockaden« mit irgendwelchen Botschaften im Sinne einer paternalistischen Sozialpolitik auszubalancieren – ein schwerer Fehler. Anstelle eines Konservatismus mit Herz präsentierte die Union einen Konservatismus mit dem Taschenrechner, der den überwiegenden Teil der Gesellschaft nur noch als lästige »Kostgänger« sieht. Die Berufung des Wirtschaftsradikalen Kirchhof ins »Kompetenzteam« demonstrierte nicht nur die Arroganz der voreilig vorweggenommenen Macht, sondern auch Unkenntnis über das Ausmaß, zu dem neoliberale Umstrukturierung der Arbeitswelt bereits Wirklichkeit geworden ist. Etwa jede/r dritte Beschäftigte arbeitet heute bereits in Schicht- oder Wochenendarbeit oder pendelt zur Arbeit, und konnte sich mit Hilfe der SPD ausrechnen, was die »Vereinfachung« des Steuerrechts sie oder ihn kosten würde.

Wahlentscheidendes Thema: soziale Gerechtigkeit

Der Einbruch der CDU/CSU war dadurch verursacht, dass sie zwar das Thema von Wirtschaftsentwicklung und allgemeiner Sachkompetenz besser als die SPD zu besetzen vermochte, aber als »Partei der sozialen Kälte« an Ansehen verlor und von den Arbeitern, die sich bei den letzten Landtagswahlen von der SPD ab- und der CDU zugewandt hatten, wieder im Stich gelassen wurde. Für sechzig Prozent der Wähler der Linkspartei war »soziale Gerechtigkeit« dagegen der entscheidende Wahlgrund, so wie es für 56 Prozent der Wähler der FDP die Wirtschaftspolitik und für 52 Prozent der Grünen-Wähler die Ökologie war. Die Linkspartei, die noch Wochen vorher bei Umfragen im zweistelligen Bereich gesehen worden war, verlor jedoch wieder Wähler an die SPD zurück. Am Wahltag sahen 42 Prozent der Wähler in der SPD, 28 Prozent in der CDU und 10 Prozent in der Linkspartei den Garanten der sozialen Gerechtigkeit. Die anderen beiden Parteien wurden überhaupt nicht mit sozialer Gerechtigkeit identifiziert. Das kann man auch so lesen: 8 Prozent der Wähler (bzw. 1 Prozent) wählten nicht die SPD (bzw. die Linkspartei), obwohl sie in ihr den Garanten der sozialen Gerechtigkeit sahen. Dagegen fanden sich nur 7 Prozent der Wählerschaft, die bereit waren CDU/CSU zu wählen, obwohl (oder weil) sie von ihr im Bereich der sozialen Gerechtigkeit weniger erwarteten. Hier zeigt sich, dass die neoliberale Hegemonie Risse bekommen hat. Die meisten Menschen in Deutschland sind heute der Ansicht, dass sowieso keine Regierung »Arbeitsplätze schaffen« kann und dass auch eine unionsgeführte Regierung nichts besser machen würde. Es besteht eine starke Unsicherheit darüber, ob die vermeintlichen

Grafik 2: Entscheidende Themen der Wähler der Linkspartei in Prozent
(www.stat.tagesschau.de)



»Reformen« wirklich zu einer Senkung der Arbeitslosigkeit und einer Belebung der Konjunktur führen können. Erst vor diesem Hintergrund entstand die für Wahlen ungewöhnliche Situation, dass soziale Gerechtigkeit wahlentscheidend wurde. Die Äußerung Schröders, die »Reformen« begännen zu »greifen«, wurde allgemein nicht in dem Sinn interpretiert, jetzt nehme bald die Arbeitslosigkeit ab. Sie wurde erleichtert verstanden als Ankündigung, dass es mit den »Reformen« jetzt erst mal zu Ende sei und keine weitere Welle von Sozialabbau, Entgarantierung und Abbau kollektiver Rechte erfolgen solle.

Dieses Versprechen wird allerdings nicht gehalten werden. Die Große Koalition wird von SPD und CDU/CSU genutzt werden, um tiefgreifende Einschnitte nicht nur im sozialen System, sondern – das ist das Neue – auch im politischen System vorzunehmen. Neben den »harten Sparkurs«, den der Wirtschaftsminister in spe Edmund Stoiber bereits ankündigt, wird die Beseitigung von politisch-administrativen Hindernissen gegen eine wirtschaftsliberale Politik von oben treten. Das ist das wesentliche Interesse an der sogenannten »Föderalismus-Reform«, die zu den Hauptzielen einer Großen Koalition gehören wird.

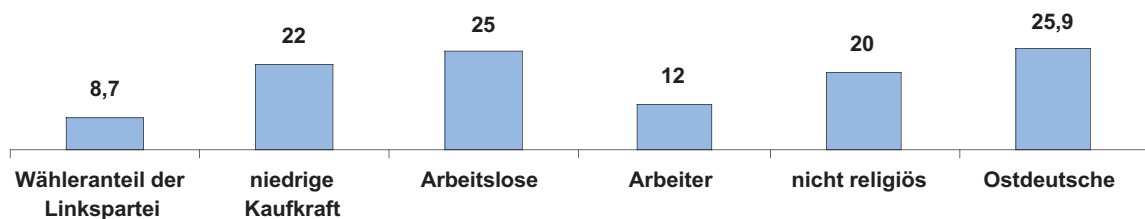
Wer wählt die Linkspartei?

Obwohl es seit dem Wahlabend von selbsternannten Gewinnern der Wahl nur so wimmelt, gibt es nur zwei Wahlgewinner der Bundestagswahl 2005: die Linkspartei und die FDP. Die FDP gewann 1,1 Millionen Stimmen hinzu, fast ausschließlich von der CDU/CSU. Die Linkspartei gewann von allen Parteien und von den Nichtwählern, am stärksten aber mit ebenfalls fast einer

Million Stimmen von der SPD. Dass hier nicht nur taktisches Wählerverhalten maßgebend ist, zeigt sich an der Struktur der jeweiligen Wählerschaft von FDP und Linkspartei. Sie sind in weiten Teilen spiegelbildlich. Die Wähler der Linkspartei kommen deutlich überproportional aus Gruppen mit niedriger Kaufkraft, von Arbeitslosen und Arbeitern. Die höchsten Stimmanteile und stärksten Zuwächse erzielte sie bei Männern der Altersgruppe von 45-59 Jahren. Die Wähler der FDP kommen deutlich überproportional aus Gruppen mit hoher Kaufkraft, von Selbständigen und Hausbesitzern. Ihre höchsten Stimmanteile und stärksten Zuwächse erzielte sie bei Männern der Altersgruppen von 18-29 und 30-44 Jahren. Das ist das Ergebnis einer sozialen Spaltung, die nach 16 Jahren Kohl und 7 Jahren Schröder, und 15 Jahre nach der Wiedervereinigung, mit dem vollen Inkrafttreten der Hartz IV-Gesetze Wirklichkeit geworden ist. Während sie in der »Mitte« immer noch geleugnet wird, formieren sich neue Kraftzentren: Eine Linke, die dagegen eine soziale gerechte und integrative Gesellschaft durchsetzen will, und eine wirtschaftsliberale Gewinnerschicht des Neoliberalismus, deren politischer Hauptinhalt die weitere Aufstockung der eigenen Geldbörse ist. Die politische Ost-West-Spaltung ist dagegen im Abnehmen begriffen. Dass mit der Linkspartei eine gesamtdeutsche linke Kraft angetreten ist, deren absolute Stimmzahl in den alten und neuen Bundesländern annähernd gleich hoch ist, ist ein wichtiger Faktor dabei. Die einzige der alten Parteien der Bundesrepublik, die in den neuen Bundesländern massiv schlechter abschneidet als in den alten, ist die CDU. Die Wahlbeteiligung hat vor allem in den neuen Ländern zugenommen, das West-Ost-Gefälle in der Wahlbeteiligung hat sich damit deutlich verringert.

In einem einzigen, aber wesentlichen Aspekt sind sich die Wählerstrukturen von FDP und Linkspartei dagegen

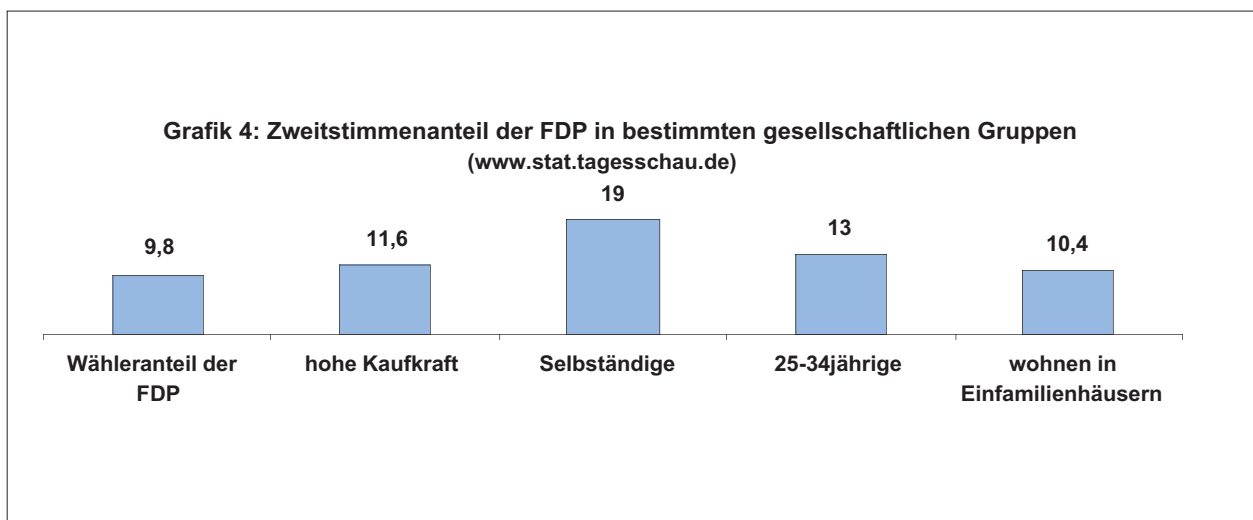
Grafik 3: Zweitstimmenanteil der Linkspartei in bestimmten gesellschaftlichen Gruppen (www.stat.tagesschau.de)



ähnlich: Beide wurden überdurchschnittlich stark von Männern gewählt. Das Spiegelbild beider sind hier die Grünen, die weiterhin überdurchschnittlich stark von Frauen gewählt werden. Die Linkspartei erzielte 9,6 % bei den Männern (West: 5,9 %, Ost: 25,9 %), 7,9 % bei den Frauen (West: 4,0 %, Ost: 24,6 %). Bei den jüngeren Altersgruppen (18-29 bzw. 30-44 Jahre) wurde sie von Männern und Frauen gleich häufig gewählt (im Westen etwas stärker von Männern, im Osten stärker von Frauen), bei den höheren Altersgruppen (45-59 bzw. 60 und älter) dagegen deutlich stärker von Männern. Die FDP erzielte 10,4 % bei den Männern (West: 11,1 %, Ost: 7,1 %) und 9,3 % bei den Frauen (West: 9,5 %, Ost: 8,6 %). Am stärksten wurde sie von Wählern der Altersgruppe 18-29 gewählt (12,0 %), und zwar im Westen besonders von Männern (12,7 %), im Osten von Frauen (11,4 %).

Machbarkeit der politischen Alternativkonzepte der Linkspartei. Es gibt gesellschaftliche Mehrheiten gegen fast alle Programmpunkte von Union und FDP (von der Erhöhung der Mehrwertsteuer über das Abrücken vom Atomausstieg bis zur neuen Willfähigkeit gegenüber der US-Regierung Bush) und gegen fast alle Maßnahmen einer weiteren Stufe neoliberaler Umgestaltung. Aber es gibt bislang keine gesellschaftlichen Mehrheiten für eine alternative Vision von Gesellschaft, welche die verschiedenen Einzelpunkte verbindet und sie wirtschaftspolitisch und globalisierungsfest absichern könnte. Deshalb kommt die Große Koalition.

Der Aufbau von anti-neoliberalen Reformmehrheiten in der Gesellschaft ist die allerwichtigste Aufgabe, der sich die Linke verpflichten muss, alles andere ist dem unterzuordnen. Das heißt, sich der Anpassung an die jetzigen Verhältnisse und der Integrationskraft politischer und



Linke Mehrheit, aber keine Mehrheit für ein linkes Projekt

Als Ergebnis der Wahl gibt es im Parlament rechnerisch eine linke Mehrheit, jedenfalls eine Mehrheit links von Union und FDP – eine Mehrheit, die durch einen Wahlkampf zustande gekommen ist, der auch von SPD und Grünen gegen weiteren Sozialabbau und gegen weitere »Entlastung« der Unternehmen geführt worden ist. Dieser rechnerischen Mehrheit entspricht aber keine Mehrheit für ein linkes Projekt, das mit den Glaubenssätzen und Zertrümmerungspolitiken des Neoliberalismus brechen würde. Nicht alle, aber viele bei SPD und Grünen unterstützen eine neoliberale Politik deswegen, weil sie keine Alternative sehen oder sie nicht für machbar halten. Nicht alle, aber viele Wähler der Linkspartei sehen das gar nicht viel anders und wollten die SPD durch ihre Stimmabgabe an einem weiteren Ausscheren nach rechts hindern, glauben aber nicht unbedingt an die

parlamentarischer Systeme immer wieder fühlbar zu entziehen. Es heißt aber auch, mit der Bequemlichkeit einer machtlosen Kritik, die mitunter Rechthaben über Veränderung stellt, zu brechen. »Die Linke«, die um gesellschaftliche Mehrheiten gegen den Neoliberalismus kämpfen muss, ist nicht nur die Linkspartei. Eher umgekehrt: Die Linkspartei sollte sich darauf konzentrieren, Teil und bewegende Kraft einer umfassenden Formation von Kräften zu werden, die in der Lage sein kann, die Kräfteverhältnisse in Deutschland und in der Europäischen Union zu verändern.

Das linke Projekt, das den Neoliberalismus ablösen soll, ist bislang alles andere als klar. Es bestehen in der Linken unterschiedliche Auffassungen darüber, wie dieses Projekt aussehen kann. Widersprüche bestehen zwischen einem Politikmodell, das vor allem das bestehende Sozialstaats-Modell verteidigen will, und einem Politikmodell, das Finanzierungsgrundlagen und Funktionsweise des Sozialstaats grundsätzlich erneuern und neu begründen will. Im ersten Fall liegt der Akzent auf

dem Widerstand gegen die Privatisierung der Rentenversicherung, gegen die Zerschlagung der Arbeitslosenversicherung und gegen die Entlassung der Unternehmen aus der Finanzierung; im zweiten Fall liegt der Akzent auf der Wertschöpfungsabgabe statt der beschäftigungsbezogenen Abgabenerhebung, einer unabhängigen Grundsicherung und staatlich festgelegten Mindestlöhnen.

Differenzen bestehen auch bei der Linken hinsichtlich der Frage, wie weit neoliberale Globalisierung Tatsachen geschaffen hat, die nicht mehr nur wirtschafts- und finanzpolitisch, sondern auch macht- und ordnungspolitisch beantwortet werden müssen. Auf der einen Seite stehen die Förderung der Binnenkonjunktur und die Erweiterung der Entscheidungskriterien der Europäischen Zentralbank um konjunkturelle und beschäftigungspolitische Aspekte; auf der anderen Seite stehen Maßnahmen zur Kapitalverkehrskontrolle, die Beschränkung von Standortverlagerung durch betriebliche und gesellschaftliche Mitentscheidung, sowie Instrumente gegen die Ausnutzung unterschiedlicher Abgaben- und Reproduktionsniveaus innerhalb der EU und zwischen der EU und anderen Ländern.

Es besteht eine Polarität zwischen einer vorwiegend auf die Individuen gerichteten Gleichstellungs- und Antidiskriminierungs-Politik und einer neuen Gerechtigkeits- und Gleichheitspolitik, die gezielt diejenigen Beschäftigungssektoren, Tätigkeitsbereiche und gesellschaftlichen Praxen stärkt, ausbaut und aufwertet, die für Frauen besonders wichtig sind. Und schließlich bestehen Gegensätze zwischen der Rekonstruktion eines starken Staates, der ordnungs- und sozialpolitisch leistungsfähig und durch eine hohe Staatsquote gesichert ist, und den Zielen der Selbstorganisation und der partiellen Entstaatlichung gesellschaftlicher Kontrolle und Selbstverwaltung.

Für eine linke Debatte um strategische Projekte

Eine überzeugende, faszinierende Vision für einen Richtungswechsel, ein erneuertes linkes Projekt, wird aus diesen Widersprüchen heraus, aus der breiten Diskussion der linken Kräfte und aus den sozialen Kämpfen heraus entstehen. Es wird nicht zu haben sein ohne die Entwicklung der demokratischen, der befreienden Fähigkeit zum grundsätzlichen Konflikt mit den herrschenden Klassen und ihren neoliberalen Ideologien. Nur wer konfliktfähig ist, ist auch veränderungsfähig. Aber ein erneuertes linkes Projekt wird auch nicht zu haben sein ohne die Bereitschaft, auf den verschiedenen Ebenen (auf kommunaler, Landes-, Bundes-, EU- und auf globaler Ebene) aktive Verantwortung für konkrete

Lösungen und für das Moderieren jetzt gangbarer Wege zu übernehmen.

Wer keine Verantwortung übernimmt, ist nicht veränderungsmächtig. Das ist nicht die Entscheidung zwischen Regierungsbeteiligung und sozialer Opposition; es ist die Frage, was man mit beiden macht. Pure Partizipation an der Macht wird ebenso wenig funktionieren wie folgenlose Kritik. Abstrakte Blaupausen für »das Ganze« werden ebenso wenig funktionieren wie reine Interessenpolitik für den jeweils »eigenen Laden«. Dies werden sich die Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen und vor allem auch die Linkspartei sagen lassen müssen. Ohne Selbstveränderung gibt es keine Veränderung.

Linke Realpolitik und linke Ideologienpolitik können nicht radikal werden, wenn sie nicht im Hinblick auf gesellschaftliche Transformation gedacht und praktiziert werden. Die linken Kräfte befinden sich heute in einer Lage, die der Lage der neoliberalen Vordenker zu Beginn der 70er Jahre vergleichbar ist: Nahezu die gesamte Welt tickt anders. Wie wird ein solcher Zustand verändert? Nur über eine Transformation, die als Kooperation unterschiedlicher Kräfte und Politikformen verstanden wird. Nur über ein Repertoire politischer Vorstöße, das die Gesamtheit möglicher Kampagnen abdeckt. Neben den notwendigen Umrissen einer nach-neoliberalen Alternative, exemplarischen Umsetzungskonzepten für konkrete gesellschaftliche Probleme und Teilbereiche, sowie der Bereitschaft zu politischer Verantwortung, wäre hier die Entwicklung »strategischer Projekte« zu nennen.

Das klassische neoliberale Vorbild für den Einstieg in einen anderen Entwicklungspfad, für den Richtungswechsel ist die Kampagne zur »Steuersenkung«. Steuersenkung ist für die neoliberale Politik als Selbstzweck gar nicht so interessant (auch für Unternehmen zählt letztlich nicht die Abgabenbelastung, sondern der Profit); sie entlastet die große Mehrheit der Bevölkerung auch überhaupt nicht, weil sie Belastungen durch eine Vielzahl an Aufwendungen erzeugt, die nicht mehr vom Staat bezahlt werden können. Aber Steuersenkung war das strategische Projekt, das mit einer griffigen Formel eine Vielzahl von Folgeeffekten auf verschiedensten gesellschaftlichen Feldern nach sich zog: Vor allem den Ruin der staatlichen Haushalte, die dadurch »von selbst« zu umfassenden Kürzungen von Sozialleistungen und öffentlichen Aufgaben gezwungen sind. Der Neoliberalismus musste keine umfassenden Detailkonzepte zur sozialen Entsolidarisierung ausarbeiten; er konzentrierte sich darauf, eine entsprechende Eigendynamik zu begründen. Die »Gleichstellung« von in- und ausländischen Investoren sowie öffentlichen und privaten »Anbietern« ist ein ähnlich strategisches Projekt, das noch gar nicht abgeschlossen ist.

Was entspricht solchen strategischen Projekten auf der Linken? Was sind Kampagnen für konkrete politische Maßnahmen, die vielfältige Folgeeffekte haben und eine fortschreitende Eigendynamik erzeugen können? Die interessant sind, nach vorne gerichtet, und die genau die Punkte treffen, wo gesellschaftliche Praxen und Alltagserfahrung aus der neoliberalen Hegemonie bereits heraustreten? Diese Diskussion ist jetzt zu führen. Dafür müssen die oben genannten Polaritäten in der linken Debatte nicht umfassend vereinheitlicht werden. Die Linke und die sozialen Bewegungen werden weiterhin plural bleiben und müssen das auch, auch wenn Positionen immer wieder angenähert werden können und sollten. Aber transformatorische Kraft entsteht, wenn es eine gemeinsame Konzentration auf bestimmte strategische Projekte gibt. Mindestlöhne und Grundsicherung sind gute Beispiele. Was sind andere? Ein Neuer öffentlicher Dienst, der über eine zentrale Finanzierung und arbeitsmarktpolitische Zielstellung verfügt, aber in die Selbstverantwortung freier Träger gelegt ist? Subventionsrückzahlung bei Sitz- und Produktionsverlagerungen, als Einstieg in eine »Abrechnung« der gesellschaftlichen Leistungen, die gratis« in die Mehrwertproduktion eingeflossen sind? Eine Zuwanderungs-Offensive auch als Beitrag zur Zukunftssicherung der sozialen Solidarsysteme? Die Debatte ist eröffnet.

Der Vereinigungsprozess – eine Frage der Demokratie

Der Name »Linkspartei« ist paradox und dennoch zutreffend. Die Linke kann nicht von einer Partei repräsentiert werden – nicht von einer Partei, nicht von einer Partei, und auch nicht repräsentiert. Der Name macht jedoch Sinn, wenn er eine Baustelle kennzeichnet: den Ort, wo sich der Aufbau eines neuen linken Projekts spiegelt und immer wieder konzentriert, und eine Kraft, die sich gemeinsam entwickelten strategischen Projekten der Linken als gesellschaftlicher Mitkämpfer und als parlamentarischer Arm anbietet. Es gibt derzeit keinen anderen Ort und keine andere Kraft, die eine solche Rolle spielen könnte. Auch die sozialdemokratische und grün-alternative Linke werden nur in der Diskussion und Kooperation mit der Linkspartei wieder in die Lage kommen, in ihren Parteien und Strömungen für ein erneuertes linkes Projekt zu werben und daran mitzuarbeiten.

Neben den langfristigen Aufbau anti-neoliberaler Reformmehrheiten tritt daher als wichtigste Etappe der unmittelbaren Zukunft die Vereinigung von Linkspartei.PDS und WASG unter Einschluss vieler weiterer Menschen und Kräfte, die bisher in keiner der beiden

Parteien verankert sind. Während die Spitzen der beiden Parteien schon in einer Fraktion im Bundestag sitzen, während ihre Mitglieder und Sympathisanten schon gemeinsam Wahlkampf machten, während die Bürgerinnen und Bürger sie kaum noch auseinander halten können und die Fusion für bereits vollzogen halten, sind sie doch noch organisatorisch selbständig und könnten sogar bei Landtagswahlen gegeneinander antreten. In wenigen Monaten, kaum einem Jahr bedarf es einer Vereinigung, die aus einem breiten Diskussionsprozess von Programm, Strategie und Statut hervorgeht und die attraktiv ist für viele Linke, sich daran in der einen oder anderen Weise zu beteiligen.

Inhaltliche Diskussion und das Festlegen von »Positionskorridoren« über Arbeitsgruppen und Foren sind das eine. Aber überall da, wo WASG, Linkspartei.PDS und unabhängige Linke bisher konkret miteinander kooperiert haben – vor allem bei der Listenaufstellung und bei der Konstituierung der gemeinsamen Fraktion – ist deutlich geworden, dass die Demokratiefrage im Mittelpunkt steht. Sie ist der eigentliche Schlüssel. Es gibt unterschiedliche demokratische Prinzipien, die dabei miteinander versöhnt werden müssen, ohne ihre Spannung verlieren zu können.

Es gibt das basisdemokratische Prinzip, das dem Gedanken der Volkssouveränität und des gleichen Gewichts der Stimmen entspricht, wonach letzten Endes Parteitage, Mitgliederversammlungen, Fraktionsplena usw. mit der Mehrheit ihrer Stimmen Entscheidungen treffen – inhaltliche wie Personalentscheidungen. Niemand kann den Mitgliedern dieses Recht, das zur Kontrolle von Vorständen und Parteispitzen unerlässlich ist, nehmen. Es gibt aber auch das Vertretungsprinzip, das dem Gedanken der Gleichheit in der Differenz entspricht, wonach verschiedene politische, soziale, kulturelle und regionale Gruppen und Identitäten sich in den gemeinsamen Entscheidungen und Organen vertreten und widerspiegelt finden müssen, wenn die Kooperation für alle Sinn machen soll.

Eine Mehrheit von Männern kann nicht zu reinen Männerlisten und Männervorständen führen, eine Mehrheit von Ex-PDS- oder Ex-WASG-Mitgliedern kann nicht zu reinen Ex-PDS- oder reinen Ex-WASG-Vorständen oder -Listen führen. Dasselbe gilt für die unabhängigen Kräfte, für »Bindeglieder« zu sozialen Bewegungen, und es gilt natürlich für die inhaltlichen Fragen genauso wie für die Personalfragen. Lösungen wird es nur geben, wenn klar ist, dass die in gemeinsamer Überlegung ausgearbeiteten Vorschläge zur gerechten Vertretung immer nur Vorschläge sein können, die an der Basis eine Mehrheit finden müssen und von ihr verändert oder gekippt werden können. Und wenn gleichzeitig die Basis bereit und in der Lage ist, selbst in Kategorien von Kooperation und gerechter Vertretung zu

denken und zu handeln. Sonst wird die lebendige Demokratie der neuen Linkspartei entweder im demokratischen Zentralismus erstickt oder von unverantwortlichen Mehrheitsentscheidungen in die Luft gesprengt. Instrumente wie Quoten sind dabei wichtig, aber sie können das Wachsen einer linken Kooperationskultur von unten nicht ersetzen.

Ähnliches gilt für die Zusammenarbeit der neuen, gemeinsamen Linkspartei mit sozialen Bewegungen und anderen gesellschaftlichen Kräften, die sich auf sie beziehen oder mit ihr zusammenarbeiten. Auch hier gilt einerseits, dass Basis und Organe einer Partei letzten Endes die Entscheidungen treffen können und müssen, die sie dann auch zu verantworten haben. Andererseits gibt es spezifische Machtvorteile der Partei gegenüber der Bewegung, der Fraktion gegenüber der Partei, der Parteimehrheit gegenüber der jeweiligen Minderheit, die aktiv kompensiert werden müssen. Hier ist demokratische Kreativität gefragt. Bewegungsräte, ein Weiterarbeiten der offenen Listen über den Wahltag hinaus, eine transparente Kultur der Positionsabstimmung (als Alternative zur klandestinen »Lobbyarbeit«), das Nutzen der Abgeordnetenbüros als Drehscheiben zwischen Mandatsträgern und Basis, Bewegungen und Fraktion, nicht zu vergessen die aus leidvollen Erfahrungen entstandenen Rechte der (PDS-)Parteimitglieder zur freien Bildung von Gruppen und Interessenvereinigungen – all das sind Bausteine. Entlang solcher Instrumente und durch eine politische Kultur, die sensibel ist für Machtvorsprünge, wird die neue Linkspartei beweisen müssen, dass sie strukturell mehr ist als die Neuauflage der Geschichte der Grünen oder der SPD-Linken, dass sie wirklich eine »Partei neuen Typs« ist.

Ein Richtungswechsel braucht parlamentarische und außerparlamentarische Mehrheiten

Ein Einstieg in eine andere Politik ist erst dann möglich, wenn sich eine breite gesellschaftliche Reformmehrheit außerhalb der Parlamente mit einer stabilen Reformmehrheit in den Parlamenten verbindet, wenn die Bereitschaft zum sozialen und demokratischen Konflikt so stark ist, dass ein Richtungswechsel auch breit und aktiv unterstützt wird, wenn die Linke zum Hegemon der Zivilgesellschaft geworden ist. Das kann länger dauern, aber es kann auch schneller gehen, als uns heute wahrscheinlich erscheint.

Auf diesem Weg werden sich die sozialen Bewegungen, die Linkspartei, und schließlich auch SPD und Grüne massiv verändern. Auch dieser Prozess beginnt jetzt. Angesichts der parlamentarischen Mehrheitsverhältnis-

se besteht insbesondere für die SPD ein nachhaltiger Erklärungsnotstand, warum sie im Bündnis mit den Konservativen ihre Wahlversprechen bricht und eine neue Runde von Sozialkürzung und Deregulierung einleitet, anstatt sich ernsthaft mit den Möglichkeiten auseinander zu setzen, wie die rechnerische linke Mehrheit auch politisch genutzt werden kann. Aus der Erfahrung anderer europäischer Staaten gibt es eine Vielzahl von Kooperationsmöglichkeiten, einschließlich vertraglich geregelter Tolerierungsabkommen. Ohne sich anzubiedern, sollte die Linke im Parlament SPD und Grüne ständig daran erinnern, dass sie sich für eine andere Politik und für andere Mehrheiten entscheiden könnten, wenn sie ernsthaft wollten. Die Linke sollte SPD und Grüne auch daran erinnern, dass sie sich in den Prozess der Entwicklung eines neuen linken Projekts zusammen mit den sozialen Bewegungen einbringen sollten, wenn sie den Anschluss an diese Entwicklung nicht langfristig verlieren wollen.

Im Gesamt-Kräfteverhältnis führt kein Weg daran vorbei, die Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse durch die Linkspartei auch auf der Ebene der westlichen Bundesländer Wirklichkeit werden zu lassen. In der Gesamtheit von Bund- und Länderebene besteht die Große Koalition faktisch schon seit geraumer Zeit. Sie wird auch in der Gesamtheit dieser Ebenen gesprengt werden müssen. Wenn die Linkspartei sich zügig als neue, gemeinsame Partei konstituiert und dabei eine neue, demokratische Kultur auf der politischen Bühne etabliert, wenn sie die Kooperation mit den sozialen Bewegungen festigt und auf gleicher Augenhöhe entwickelt, dann ist der Einzug in die Parlamente der alten Bundesländer nur eine Frage der Zeit. Dies wäre ein weiterer Schritt, die politischen Kräfteverhältnisse zu verändern.

Wenn es gelingt, dass sich die Stärkung der parlamentarischen Linken mit einem Aufschwung sozialer Bewegungen und Proteste der Bürgerinnen und Bürger gegen die Weiterführung und Verschärfung der neoliberalen Agenda 2010 verbindet, dann besteht die Chance, die Machtverhältnisse in Deutschland zum Tanzen zu bringen. Was Rosa Luxemburg mit Blick auf die Sozialdemokratie sagte, gilt heute wohl mindestens so sehr für das Projekt einer neuen Linkspartei: »Der lebendige Stoff der Weltgeschichte bleibt trotz einer Sozialdemokratie immer noch die Volksmasse, und nur wenn ein lebhafter Blutkreislauf zwischen dem Organisationskern und der Volksmasse besteht, wenn derselbe Pulsschlag beide belebt, dann kann auch die Sozialdemokratie zu großen historischen Aktionen sich tauglich erweisen.« Hic Rhodus, hic salta!

Bereits erschienene »rls-Standpunkte« 2005

Dieter Eissel: Eine große rot-grüne Gerechtigkeitslücke (1/2005)

Tim Engartner: Falsch gestellte Weichen. Die Reform der Deutschen Bahn führt aufs Abstellgleis (2/2005)

Roland Bach: »Volksfront« von rechts? (3/2005)

Rosa Luxemburg: Kirche und Sozialismus. Originaltitel: »Kosciol a socjalizm«, Krakau 1905 (4/2005)

Jürgen Hofmann: 60. Jahrestag der Befreiung: Erinnerung contra Selbstentschuldung (5/2005)

Rainer Rilling/Christoph Spehr: Die Wahl 2006, die Linke und der jähe Bedarf an Gespenstern... (6/2005)

Evelin Wittich: Die erste Kanzlerkandidatin. Befunde und Thesen zum Thema Frauen und Politik (7/2005)

Rainer Rilling/Christoph Spehr: Guten Morgen, Gespenst!
Annäherungen an das jähe Erscheinen eines Parteiprojekts (8/2005)

Jochen Weichold: Der Verlust der Hoffnungsperspektiven. Politik-Konzepte der Grünen mit dem Blick auf die Bundestagswahl (9/2005)

Ricardo Jiménez: Das Programm »Bürger für transparente Kommunen« in Mexiko.
(Aus dem Spanischen) (10/2005)

Rolf Reissig/Michael Brie: Restriktionen und Optionen linkssozialistischer Politik in Regierungsverantwortung.
Das Beispiel Berlin (11/2005)

Jochen Weichold/Horst Dietzel: Bundestagswahl 2005: Wahlprogramme der Parteien im Vergleich (12/2005)

Helmut Scholz: Die Partei der Europäischen Linken. Einige Aspekte ihrer Entwicklung (13/2005)

Dietmar Wittich: Wo, bitte schön, geht es zu Hartz IV?
Die Gegenreformen in Deutschland im Spiegel der öffentlichen Meinung (14/2005)

Dieter Klein: Die Konzepte der Linkspartei: seriös, sozial, gerecht (15/2005)

Torsten Feltes: Bildungsgerechtigkeit durch Bildungsstandards? (16/2005)

Kemal Bozay: Der EU-Beitrittsprozess der Türkei. Gemeinsam voneinander lernen – den Dialog stärken! (17/2005)

Franz Walter: Linkspartei in ergrauender Gesellschaft (18/2005)

Michael Brie/Christoph Spehr: Der Neoliberalismus hat einen Gegner.
Linke Perspektiven nach der Bundestagswahl 2005 (19/2005)

Alle »rls-Standpunkte« können unter www.rosalux.de heruntergeladen werden.